

Pulsnitzer Tageblatt

Beisprediger 18. Tel. -Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 148

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm
30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. F. H. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 284

Sonnabend, den 7. Dezember 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

Die Erd- und Verlehnungsarbeiten nebst einigen Kunstbauten für die Verbreiterung
der Straße Schwepnitz-Teisholz-Landesgrenze auf der Strecke „Teisholz-Landesgrenze“
von Baubreite 0 und 00 bis 7 und 80 in Flur Teisholz — Baulänge 780 m — von 5 m Breite
auf 7 m Breite sollen vergeben werden (Notstandsbaue).

Leistungsverzeichnisse werden — soweit der Vorrat reicht — von der Amtshauptmann-
schaft Ramenz — Nebenstelle Weitenstraße 4 — abgegeben, bei der auch die betr. Bauzeichnung,
Baubedingungen usw. zur Einsichtnahme ausliegen.

Angebote mit der Aufschrift „Verbreiterung der Straße Teisholz-Landesgrenze“ sind

im verschlossenen Briefumschlage postfrei bis spätestens Dienstag, den 17. Dezember 1929, vorm.
11 Uhr bei der Amtshauptmannschaft Ramenz einzureichen und werden um diese Zeit daselbst im
Beisein etwa erschienenen Bewerber geöffnet.

Die Auswahl unter den Bewerbern und Zurückweisung aller Angebote bleibt vorbehalten.
Zuschlagsfrist bis 31. Dezember 1929.

Die Bauarbeiten haben spätestens 8 Tage nach Zuschlagserteilung zu beginnen.
Ramenz, am 6. Dezember 1929.

Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Ramenz

Das Wichtigste

Zu der Kundmachung der Koalitionsparteien des Reichstages an den
Deutschen Rentnerbund wird seitens der Reichsregierung mitgeteilt,
daß die gesetzgeberischen Arbeiten zur Verbesserung der Kleinrentner-
fürsorge soweit fertiggestellt sind, daß das Reichskabinett sich in den
aller nächsten Tagen mit den Vorlagen beschäftigen kann.

Wie der „Börse-Kurier“ erfährt, ist ein Konsortium ausländischer Fi-
nanzielle bereit, dem deutschen Reich gegen Verpfändung der Tele-
fonennetze eine Anleihe zu gewähren.

Das Uraufschiff der Norddeutschen Lloyd (N. D. L. L.) ist im Sturm bei New Bedford (Massachusetts)
auf Grund. Die Mannschaft konnte gerettet werden. Das Schiff
ist vollständig verlorengegangen worden.

Das Unwetter an der spanischen Nordküste dauert weiter an. Der
Sturm hat überall sehr großen Schaden angerichtet. Weite Strecken
des Küstengebietes stehen unter Wasser.

Der Schachtbrief.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sowohl Re-
gierungskreise wie Öffentlichkeit durch seine zwölfseitige
Denkschrift über den Young-Plan überrascht. Die Veröffentlichung
Dr. Schachts hat wie eine Bombe gewirkt, denn man
teile sich vor, daß einer der wichtigsten Teilnehmer an den
haager Beratungen, die seinerzeit an der Aufstellung des
Young-Plans beteiligt waren, einer der Unterzeichner dieses
Plans, plötzlich erklärt, daß er nicht mit ansehen könne,
daß der ursprüngliche Plan geändert oder, wie Dr. Schacht
sich sehr scharf ausdrückt, verfallt werde.

Der Reichsbankpräsident glaubt es mit seinem Gewissen
nicht vereinbaren zu können, daß von der deutschen Re-
gierung durch die Vertragspartner neue Millionen heraus-
gepreßt werden, ohne daß dafür Gegenleistungen gegeben
würden. In Verbindung mit dieser schweren Belastung des
deutschen Volkes durch den Young-Plan tritt Dr. Schacht
dafür ein, daß es unerlässliche Voraussetzung für die
deutschen Sachverständigen sei, daß endlich die Regierung mit
ihrem Finanzprogramm herauskomme. Dr. Schacht
ist, wie er sagt, der Ansicht, daß mit der bisherigen Ver-
schönerungstaktik und mit dem Schleifenlassen der Fäden, vor
allen Dingen in der Frage der Finanzreform, Schluß
gemacht werden müßte. Er verlangt, daß Ordnung in den
Haushalt und die Finanzgebarung des Reiches gebracht wird,
und wirft dem Finanzminister vor, daß er bisher keine
Schritte zur Beseitigung des Defizits unternommen habe,
daß vielmehr ständig sich mehrende Fehlbeträge und neue An-
forderungen aufstapelten, die nur durch weitere Steuern, also
durch vermehrte Belastung, gedeckt werden könnten. Dr. Schacht
kommt zu dem Ergebnis, daß von einer Lastenverminderung
auf Grund der Einsparung aus dem Young-Plan heute schon
keine Rede mehr sein könne und daß die Einsparungen nicht
etwa mehr zur Deckung der jetzt bereits unübersehbaren
Fehlbeträge ausreichen würden. Im Zusammenhang
damit übt der Reichsbankpräsident schärfste Kritik daran, daß
das Reich über die Finanzschwierigkeiten mit kurzfristigen An-
leihen hinwegzukommen verjuche. Der Reichsbankpräsident
faßt die Lage, vor der er sich als deutscher Mitunterzeichner
des Young-Plans befindet, dahin zusammen, daß er es für
seinen Teil auf das Bestimmteste ablehnen müsse, für die
Inkraftsetzung des Young-Plans verantwortlich gemacht zu
werden, wenn seine Absichten und Voraussetzungen in einer
Weise mißachtet würden, wie es nach den derzeitigen Maß-
nahmen und Forderungen der Fall zu sein scheint.

Dr. Schacht will mit seiner Erklärung nicht etwa von
dem Young-Plan abrücken, aber als Reichsbankpräsident
glaubt er die Verpflichtung zu haben, in letzter Minute der
Öffentlichkeit seine Warnungen bekanntzugeben. Er denkt
bei den „zufälligen Leistungen“, von denen er spricht,
zweifelloos an den Bezicht Deutschlands auf den
fünfmonatlichen Ueberschuß von 400 Millionen
Mark aus der Differenz zwischen Young-Plan und Dawes-
Plan. Er denkt ferner wohl an das deutsch-belgische
Marlabkommen, in dem wir uns verpflichtet haben,
durchschnittlich etwa 19 Millionen auf 37 Jahre an Belgien
zu zahlen, er denkt ferner auch an die Haltung Eng-

Die geplante Finanzreform

Hier Senkung bestehender Steuern, dort neue Steuern — Die Antwort an Dr. Schacht

Die Reichsregierung zur Denkschrift Dr. Schachts — Die Berliner Presse zur Antwort der Reichsregierung an Dr. Schacht
Paris zur Schacht-Erklärung — Dem polnischen Kabinett das Mißtrauen ausgesprochen mit 246 : 120 Stimmen — Die
Weihnachtsbäume in Rußland verboten

Berlin. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Freitag
mittag mit der Denkschrift des Reichsbankpräsidenten
Dr. Schacht. Die Beratung des Kabinetts war ursprünglich
für eine Verhandlung über die Reichsfinanzreform
anberaumt, und zwar auf Verlangen der Deutschen Volks-
partei.

In Besprechungen, die mit dem Reichskanzler, dem zu-
ständigen Minister sowie mit führenden Mitgliedern der
Deutschen Volkspartei vor einiger Zeit stattgefunden haben,
ist die Reichsregierung gedrängt worden, noch vor Weih-
nachten in internen Verhandlungen ein Reichsfinanz- und
steuerprogramm in allen Einzelheiten festzulegen, und zwar
in wesentlichen Abweichungen von den bisher bestehenden
Plänen des Reichsfinanzministers.

Der Reichsfinanzminister beabsichtigt eine allmähliche
Senkung der Einkommensteuer im Laufe von
etwa fünf Jahren, eine Erhöhung der Freigrenze der
Vermögenssteuer, einen allmählichen Abbau der
Industriebelastung, eine Senkung der Gewerbesteuer, dafür
aber eine wesentliche Erhöhung der Biersteuer, und
zwar um einen Betrag von 180 Millionen Mark, und eine
Erhöhung der Tabaksteuer um 200 Millionen Mark
und als Kernstück seiner Reform eine Kopfsteuer, die
die Verwaltungskosten der Gemeinden decken soll, und
zwar in Höhe von 8 bis 12 Mark pro Kopf. Diese Steuer
soll von denen in einer Gemeinde erhoben werden, die das
Gemeindefinanzrecht haben.

Die Deutsche Volkspartei hat eine Finanzreform dem-
gegenüber für notwendig erklärt und hat gefordert, daß diese
Finanzreform gleichzeitig mit dem Young-
Plan beraten werden sollte. Darüber hat es bereits zwischen
den Regierungsparteien sehr ernste Auseinandersetzungen
gegeben.

Die Reichsregierung zur Denkschrift Dr. Schachts

Berlin, 6. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr
Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat der Reichsregierung ein
Memorandum zu den im Gange befindlichen Verhandlungen
über den Youngplan und zu den Fragen der Finanzpolitik
zugeleitet. Die Veröffentlichung fällt mitten in Besprechungen,
die über diese Fragen mit ihm gepflogen worden sind.

Die Reichsregierung muß ihr Bestreben über die Ver-
öffentlichung aussprechen. Die Voreiligkeit, mit der die Stel-
lungnahme des Herrn Reichsbankpräsidenten erfolgt ist, ge-
fährdet die einheitliche Staatsführung. Der Herr Reichs-
bankpräsident hatte zwar im Laufe der Besprechungen ange-
kündigt, daß er sich vorbehalten müsse, seine Auffassung über
die Beurteilung der schwebenden Fragen darzulegen. Er hat
dabei aber ausdrücklich betont, daß dies in einer Form ge-
schehen werde, die keinen Schaden anrichten könne. Art und
Inhalt des Memorandums sowie der Zeitpunkt seiner Ver-
öffentlichung stehen hierzu in schroffem Widerspruch.

Die Reichsregierung lehnt es ab, sich im gegenwärtigen
Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen
des Memorandums einzulassen. Die Reichsregierung hat
sich bereits in den letzten Tagen dahin schlüssig gemacht, dem
Reichstage im Laufe der kommenden Woche die Grundzüge
ihres finanziellen Gesamtprogramms zu unterbreiten. Das

Programm wird Maßnahmen zur Sanierung der deutschen
Finanzen, eine umfassende Steuerreform und die Entlastung
der Kassenlage, insbesondere auch von den Zuschüssen für
die Arbeitslosenversicherung durch die Verstärkung der Ein-
nahmen der Anstalt umfassen. Den Fraktionsführern der an
Regierung beteiligten Parteien ist schon vor Tagen eine Ein-
ladung zur Erörterung dieses Programms für den Anfang
der kommenden Woche zugegangen. Der Reichskanzler wird
am nächsten Mittwoch dem Reichstage, dem die Regierung
allein verantwortlich ist, dieses Programm der Reichsregierung
in einer Regierungserklärung vorlegen und hierfür sowie für
die Gesamtpolitik die Vertrauensfrage stellen.

Zur Antwort der Reichsregierung an Dr. Schacht

Berlin, 7. Dezember. Zur vorläufigen Antwort des
Reichskabinetts auf die Denkschrift Schachts nehmen die
Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „D. A. Z.“ schreibt,
die Antwort der Reichsregierung sei in einem hochfahrenden
und teilweise geradezu schroffen Ton gehalten, der energisch
zurückgewiesen werden müsse. Ein Recht, sich auf das hohe
Maß zu setzen, habe diese Reichsregierung verwirkt, seitdem
sie in monatelanger Tatenlosigkeit die Dinge immer schlechter
und schlechter habe werden lassen. Die „Germania“
spricht den dringenden Wunsch aus, daß das angekündigte
Regierungsprogramm den Anforderungen, die die derzeitigen
Verhältnisse stellen, auch hinreichend genügen möge. Die
„Börsezeitung“ sagt, die verantwortlichen Mitglieder
der Reichsregierung, an der Spitze Dr. Hilferding, schädeten
sich selbst empfindlich und setzten sich vor der Öffentlichkeit
herab, wenn sie einem Finanzfachverständigen von Weltruf,
wie Dr. Schacht, derartig öffentlich abanzelten und eine
Tonart anschlugen, die Dr. Schacht in seinem Memorandum
vermieden habe. Der „Börse-Kurier“ bezeichnet die
Regierungserklärung, aus der ängstlich die Verlegenheit äuge,
als sehr dürftig. Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet
die Antwort der Reichsregierung als scharf und sagt, die
Empörung der Reichsregierung über die Denkschrift Schachts
sei deshalb so scharf, weil die Kabinettsitzung am Donner-
stag zu dem Zweck angesetzt sei, das technische Vorgehen bei
der Einbringung der Finanzreformvorlage in der kommenden
Woche zu regeln. Der „Vorwärts“ sagt, Dr. Schacht
habe die scharfablehnende Antwort des Reichskabinetts ver-
dient. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, der
Verzicht der Reichsregierung auf eine sachliche Auseinander-
setzung mit den Darlegungen Dr. Schachts sei eine überaus
bequeme Methode. Der „Tag“ schreibt, der außerordentlich
scharfe Ton könne nur von den sozialdemokratischen Mit-
gliedern des Kabinetts veranlaßt worden sein und man habe
den Eindruck, daß die anderen Minister in der Nachgiebig-
keit gegenüber der Sozialdemokratie außerordentlich weit
gegangen seien. Der „Sozialanzeiger“ ist der Auffas-
sung, daß die Reichsregierung in dem Schachtischen Memo-
randum eine vorzügliche Waffe nach außen gehabt hätte.
Genau wie beim Volksbegehren mache sie von der ihr gelie-
bten Waffe keinen Gebrauch, sondern führe einen innerpo-
litischen Kampf gegen den, der sie ihr lieferte.

